Nr. 9 1. Ausgabe

Sonntag, 11. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 14 5 36, 18 8 38, 18 8 97, 17 1 08. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
...zeile, 42 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 92 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffer- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Ziffergebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Der Eisenbahnerstreik

Die im Westen entstandenen Eisenbahnerstreiks sind in jeder Hinsicht wild und regellos, da sie entstanden während der loyalen Führung von Tarifverhandlungen mit den Behörden. Die Berliner Lohnverhandlungen zwischen den Arbeitervertretungen und dem Eisenbahnministerium befanden sich immer noch in Gang. Das Ministerium hatte die Notlage der Beamten und Arbeiter, die sich aus der sprunghaften Preisentwicklung ergab, anerkannt und war zum Entgegenkommen von Anfang an bereit. Erschwert waren die Verhandlungen durch Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaft über den Kreis der zu beteiligenden Organisationen, die erst mühevoll geschlichtet werden mußten. Die Verhandlungen waren übrigens nicht vom Ministerium, sondern von der Arbeiterseite beantragt worden. So war hier ein tatsächlicher Anlaß zum Mißtrauen nicht vorhanden. Es zeigt sich nur wiederum die gewerkschaftliche Unerfahrenheit der Eisenbahner, die sie nur zu leicht das Opfer jedes Hetzers werden läßt. Der Streik ist, wenn auch nicht durch die Organisationen veranlaßt, in der Hauptsache ohne Leitung entstanden. Er ist unbegründet, weil ja die Verhandlungen ohnedies eifrig gefördert werden und die Streikenden durch ihre Organisationen dabei ausreichend vertreten sind.

Diesem gegen die gewerkschaftlichen Regeln verstoßenden Zustand haben die Verbände nun ein Ende gemacht, indem sie die wilden Streiks durch Uebernahme der Leitung zu legitimieren suchen. Hierüber liegt die folgende Meldung aus Berlin vor: „Der Streik der Eisenbahner hat insofern eine Wendung genommen, als die Vorstände der drei Eisenbahnerverbände (Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Allgemeiner Eisenbahnerverband) beschlossen haben, die Streikleitung in die Hand zu nehmen. Bisher handelt es sich um einen wilden Streik. Offiziell ist der Streik noch nicht von den Vorständen obiger Verbände proklamiert worden. Wenn es sich bestätigt, daß die Eisenbahnarbeiter einen Stundenlohn von 3.50 M. gewährt erhalten, werden die Gewerkschaftsvorstände die Mitglieder auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, wie es auch von Dortmund her bereits angekündigt ist. Der Werkausschuß der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins erläßt einen Aufruf, worin er das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Schutz nimmt. Ein Verkehrsstreik im jetzigen Augenblick wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volke." Ueber

eine Besserung der Streiklage im Eisenbahnbetrieb

liegen noch folgende Meldungen vor:

⚭ **Berlin, 10. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Tag hat nach im Eisenbahnministerium eingegangenen Nachrichten ein großer Teil der streikenden Eisenbahner die Arbeit in den Betriebswerkstätten wiederaufgenommen. Im Bereiche des preußischen Staatsbahnnetzes stehen etwa 20 bis 25 Prozent der Eisenbahner im Streik.

* **Berlin, 10. Januar.** Im Reichsfinanzministerium begannen heute die Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahnbeamten von 100 Prozent Teuerungszulage. Am Freitag ist in einer Besprechung vom preußischen Eisenbahnminister ausgesprochen worden, daß er seinen Einfluß zugunsten der Forderungen der Eisenbahner in diesen Verhandlungen geltend machen werde.

Weiter wird über die Eisenbahnerbewegung aus Köln gemeldet: „Nachdem am Donnerstag die Eisenbahnarbeiter im Direktionsbezirk Köln die Arbeit überall aufgenommen hatten, haben die Arbeiter der Hauptwerkstätte in Nippes am Freitag die Arbeit verlassen. Dies geschah in dem Augenblick, in dem der Arbeiterschaft bekanntgegeben wurde, daß der Stundenlohn eines Handwerkers der höchsten Arbeiterklasse von 2.60 auf 3.50 M. erhöht worden ist. Die Beamtenschaft hebt der Bewegung fern." Auch der Bericht aus Essen klingt nicht sehr günstig. Es wird nämlich berichtet: „Der Streik der Eisenbahner hat sich weiter ausgedehnt. Duisburg nimmt keine Züge mehr an. D-Züge müssen in Speldorf umgeleitet werden. In Oberhausen, Kupferdreh und Kettwig hat der Streik begonnen. In Dortmund (Hauptbahnhof) wird der Verkehr nur noch notdürftig aufrechterhalten." Auch Düsseldorf ist noch durch den Streik vom Personenverkehr abgesperrt. Es wird aus dieser Stadt gemeldet: Mit der Zentralstreikleitung in Elberfeld wurde heute eine Vereinbarung dahin erzielt, daß die Kohlenzufuhr für die städtischen Industriebetriebe in Düsseldorf nach Möglichkeit aufrechterhalten werden soll. Lebensmittel werden befördert. Ein Schnellzug Köln—Berlin über Düsseldorf ist genehmigt, jedoch ein Ein- und Aussteigen in Düsseldorf nicht gestattet. Die Streiklage ist im übrigen in Düsseldorf unverändert.

Nach der ganzen Lage läßt sich heute noch schwer ein Urteil bilden über den weiteren Verlauf dieses lebensgefährlichen Streiks. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß er harmloser und rascher endigen wird, als den kommunistischen Wühlern lieb ist, nachdem er in geordnete Bahnen geleitet wurde durch die drei zuständigen Eisenbahnerverbände.

Die Betriebslage der Eisenbahnen

Aus dem Reichsverkehrsministerium wird gemeldet: Die immer wieder auftretende Nachricht, die Regierung beabsichtige, demnächst erneut, wie im November v. J. den Personenzugverkehr auf einige Zeit nahezu völlig zu sperren, gibt Veranlassung zu folgender Mitteilung:

„Es besteht zur Zeit kein unmittelbarer Anlaß zu einem solchen, das gesamte Erwerbsleben wie die Eisenbahnfinanzen schwer schädigenden Eingriff. Im Anschluß an die Novembersperre ist der Personenzugverkehr gegenüber dem für den Winter vorgesehenen Plan erheblich eingeschränkt worden. Diese Anordnung hat zusammen mit andern Maßnahmen, so namentlich mit der stärkeren, planmäßigen Heranziehung [illegible] gedient, um den Betrieb so zu halten, daß die lebenswichtigsten Güter, Kohlen, Getreide, Kartoffeln, im allgemeinen glatt befördert werden konnten. Bezüglich der Kohlen kommt dies am besten dadurch zum Ausdruck, daß die Kohlenbestände in den großen Kohlenrevieren seit dem 1. November v. J. um 600 000 Tonnen zurückgegangen sind. Die Leistung der Eisenbahn hat also die Förderungsleistung der Zechen überschritten, und eine Steigerung der Eisenbahnleistungen könnte heute den Verbrauchern keine größeren Kohlenmengen zuführen. Auch den Forderungen hinsichtlich der Lebensmitteltransporte konnte die Eisenbahn gerecht werden, so daß etwa eingetretene Stockungen in der Versorgung einzelner Bezirke nicht ihr zur Last gelegt werden dürfen. Die Frostperioden, die wir bisher durchzumachen hatten, haben zwar die Betriebslage jeweils wesentlich verschlechtert. Auch das Hochwasser im Westen hat natürlich ungünstig gewirkt, doch waren die Störungen zum Glück nicht so anhaltend, daß nicht rasch wieder ein Ausgleich hätte erreicht werden können.

Es ist zuzugeben, daß die Betriebslage auch heute noch recht schwierig ist, und daß längeres Frostwetter oder Streiks zu erheblichen Störungen führen können. Weiter tritt eine Erschwerung der Betriebslage mit der Ratifizierung des Friedens insofern ein, als Truppentransporte nach den Abstimmungsgebieten durchzuführen sind und die Eisenbahnen sich auf die Erfüllung der nationalen Ehrenpflicht einrichten müssen, die uns nun endlich freizugebenden Gefangenen möglichst rasch der Heimat zuzuführen. Auch die Beförderung der Wähler nach den Abstimmungsgebieten wird die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn nicht unerheblich in Anspruch nehmen. Das Maß der hierdurch eintretenden Mehrbelastung der Eisenbahnen läßt sich heute noch nicht übersehen. Ist es nicht allzugroß, und trifft die Mehrbelastung nicht zusammen mit Betriebsstörungen der oben bezeichneten Art, so wird sich die Regierung gewiß nicht zu einer Einstellung des Personenzugverkehrs entschließen."

Im auffälligen Gegensatz zu diesen beruhigenden amtlichen Mitteilungen, wenn auch im Zusammenhang mit der darin skizzierten Lage, steht die Meldung aus München, daß wegen vollständiger Stockung der Kohlenzufuhr infolge des Streiks und des Hochwassers vom 13. Januar ab der gesamte Personenzugverkehr auf den bayrischen Staatsbahnen eingestellt wird. Der Güterverkehr wird mit Ausnahme der Lebensmitteltransporte auf das Notwendigste eingeschränkt.

Besserung der Kohlenzufuhr

⚭ **Berlin, 10. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Infolge günstiger Gestaltung der Kohlenzufuhren konnten für Sonnabend 50 Prozent aller Kündigungen in der Berliner Industrie zurückgenommen werden, wie Anschläge in den Berliner großen Fabriken anzeigen.

Ein weiterer Streik in Dortmund

× **Dortmund, 9. Januar.** Die Telegraphenarbeiter sind heute in den Ausstand getreten. Sie fordern 75 Prozent Lohnerhöhung.

Die neuen Steuern

+ **Berlin, 9. Januar.** Der Reichsfinanzminister Erzberger hatte in seiner Stuttgarter Rede bereits die Grundzüge zweier Gesetzentwürfe über neue direkte Steuern, die die Reichseinkommensteuer ergänzen sollen, bekanntgegeben. Jetzt wird der Wortlaut dieser Entwürfe bekanntgegeben.

Bei der **Ergänzungssteuer** sind steuerbar: Der Teil des Einkommens, der nicht verbraucht worden ist; der Teil der Einkünfte oder des Vermögens, der einem außerordentlichen Verbrauche zugeführt worden ist. Als Reinvermögen gilt das gesamte bewegliche und unbewegliche Rohvermögen nach Abzug der Schulden. Zur Ermittlung des Reinvermögens sind von dem Rohvermögen die dinglichen und persönlichen Schulden abzuziehen. Steuerpflichtig ist der den Betrag von 1000 M. übersteigende Teil des Einkommens, der nicht verbraucht worden ist. Die Ergänzungssteuer von demjenigen Teil des Einkommens, der nicht verbraucht worden ist, beträgt: für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M. des steuerpflichtigen Einkommensteils 1 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M. des steuerpflichtigen Einkommensteils 2 v. H., von 30 000 M. 3 v. H., von 40 000 M. 4 v. H., von 50 000 M. 5 v. H., für die nächsten angefangenen 80 000 M. 6 v. H., für die nächsten angefangenen 100 000 M. 7 v. H., für die nächsten angefangenen 100 000 M. 8 v. H., für die nächsten angefangenen 100 000 M. 9 v. H., die weiteren Beträge 10 v. H.

Bei der **Aufwandsteuer** gilt als Aufwendung für den ordentlichen Verbrauch ein Betrag von 15 000 M., steigt aber um 5000 M. für die erste zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person und um 2500 M. für jede weitere Person. 10 v. H. des Einkommens sollen in jedem Fall als ordentlicher Verbrauch gelten und von der Steuer verschont bleiben. Außerdem sind im Gesetz Beträge vorgesehen, die von der Steuer freibleiben sollen, weil sie zur Deckung unvermeidbarer Ausgaben aufgewendet worden sind, so z. B. bei Geburten und Sterbefällen, Kindererziehung, Krankheiten. Die Steuer auf den außerordentlichen Verbrauch beträgt: für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M. 5 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M. 8 v. H., für 30 000 M. 9 v. H., für 40 000 M. 12 v. H., für 50 000 M. 20 v. H., für die nächsten 50 000 M. 20 v. H., für die nächsten angefangenen 100 000 M. 24 v. H., für die nächsten angefangenen 100 000 M. 27 v. H., für die weiteren Beträge der Veranlagung 30 v. H.

Erhöhung der Kohlensteuer

* **Berlin, 10. Januar.** Wie gemeldet wird, schweben gegenwärtig Beratungen über eine Erhöhung der Kohlensteuer, die sehr beträchtlich werden soll. Man faßt einen Ertrag von vier Milliarden Mark im Jahre ins Auge, ferner die Festlegung einer Erhebung für einstweilen nur ein Jahr. Die bisherige Kohlensteuer betrug nach dem Gesetz vom 8. April 1917 20 Prozent.

Der Lohnkampf im Versicherungsgewerbe

Die Streikbewegung der Versicherungsangestellten erfuhr, wie aus Berlin gemeldet wird, nur sehr geringe Ausdehnung. Die Gesellschaften machten bekannt, daß sich die Ausständigen als entlassen zu betrachten haben, wenn sie nicht bis nächsten Montag die Arbeit wiederaufgenommen haben würden. Innerhalb der Leitung des Zentralverbandes der Angestellten scheint sich laut Abendblättern eine Krisis vorzubereiten. Die radikale Führung des Verbandes hatte schon bei früheren Gelegenheiten unter den Angestellten, die nicht den Unabhängigen oder Kommunisten angehören, Unwillen erregt. Die Rechtssozialisten machen jetzt eine kräftige Propaganda und haben für die bevorstehenden Delegiertenwahlen eine eigene Liste aufgestellt.

Dem Ultimatum an die Arbeitnehmer steht ein solches an die Arbeitgeber gegenüber, wie aus dem folgenden hervorgeht. Aus Berlin wird gemeldet: „Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlins in der Streikbewegung der Versicherungsangestellten kam zu einem Spruch, nach dem der Arbeitgeberverband aufgefordert wird, spätestens bis Sonnabend den 10. Januar mittags 1 Uhr in Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages und die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe einzutreten. Als verhandlungsberechtigte Vertreter der Angestellten sind alle der Zentralarbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands angeschlossenen Angestelltenorganisationen anzuerkennen, die als Mitglieder Versicherungsangestellte haben. Den Angestelltenverbänden wird aufgegeben, sobald die Verhandlungen begonnen haben, dahin zu wirken, daß am Montag den 12. Januar in sämtlichen Betrieben des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Sollte das Zustandekommen der Verhandlungen daran scheitern, daß bevollmächtigte Vertreter des Arbeitgeberverbandes nicht erscheinen oder die erschienenen Vertreter nicht verhandeln, ist der Schlichtungsausschuß der Auffassung, daß der aus der dann notwendigen Fortdauer des Streiks sich ergebende Lohnausfall von den Versicherungen zu tragen ist."

Dieser Spruch wird von den Versicherungsgesellschaften abgelehnt. Ihr Arbeitgeberverband, der durch seinen Vertreter Dr. Rohrbeck den Schlichtungsausschuß schon abgelehnt hatte, gab zu dem Spruch dieses Ausschusses die Erklärung ab, er betrachte den heute veröffentlichten Schiedsspruch als ungeheure Rechtsbeugung. Nach den Bestimmungen der Verordnung vom 23. Dezember 1918 sei der Schlichtungsausschuß sachlich unzuständig. Keine gesetzliche Bestimmung berechtige ihn, den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu erzwingen. Bei dem Schiedsspruch hätten entgegen den gesetzlichen Bestimmungen zwei Organisationsbeamte des Zentralverbandes der Angestellten als Mitglieder des Schlichtungsausschusses mitgewirkt, obgleich sie wegen Befangenheit abgelehnt waren. Daher gehe denn auch der Schiedsspruch weit über den Antrag des Zentralverbandes der Angestellten hinaus. Geradezu unerhört sei es, daß die Unternehmer gezwungen werden sollen, noch vor Wiederaufnahme der Arbeit in Verhandlungen über einen künftigen Tarifvertrag einzutreten, und daß Präventivstrafen für seine möglichen künftigen Handlungen festgesetzt seien. Aus diesen Gründen habe es der Arbeitgeberverband abgelehnt, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen."

Die Lage wird weiterhin beleuchtet durch ein Schreiben der Dresdner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten, worin dargetan wird, „daß es sich bei der jetzigen Bewegung zunächst nicht um Durchsetzung des Tarifentwurfes, als vielmehr darum handle, die Arbeitgeber überhaupt erst an den Verhandlungstisch zu bringen". Es wird, wie der Zentralverband weiter mitteilt, in Dresden nur noch in drei kleineren Geschäftsstellen gearbeitet. Ferner meldet der Zentralverband noch, es seien „irgendwelche Ausschreitungen in Dresden nicht zu erwarten, die Streikposten genau aufgeklärt und zur äußersten Ruhe ermahnt worden". Das scheint leider, nach auswärtigen Meldungen zu schließen, nicht überall so zu sein. Gegen die „bürgerlichen Verbände" der Arbeitnehmer wendet sich eine weitere Erklärung des sozialdemokratischen Zentralverbandes, die sich mit den Vorgängen in der dem Streik vorangegangenen Dresdner Versammlung befaßt und feststellt:

„Infolge ihres ganz unglaublichen Verhaltens sind die Vertreter des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten aus der Versammlung der Dresdner Versicherungsangestellten mit 818 gegen 8 Stimmen gewiesen worden. Obwohl sie mehrfach von dem Versammlungsleiter aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen, taten sie dies nicht, versuchten vielmehr wiederholt, die Versammlung zu sprengen. Infolgedessen mußten die Versicherungsangestellten und die Versammlungsleitung von ihrem Hausrechte Gebrauch machen." Als Grund für diese Haltung wird angegeben: „Die Versicherungsangestellten Dresdens glauben bestimmt, daß die sogenannten bürgerlichen Verbände ihre Interessen verraten. Daher auch ihre Stellung." Dem stehen die unsern Lesern bereits bekannten Erklärungen der andern Verbände gegenüber. Man kann nur bedauern, daß die ganze Angelegenheit in dieser Weise verschärft worden ist.

Was die Stellung der Arbeitgeber im Versicherungsgewerbe in Dresden angeht, so ist ihrer neuesten Erklärung folgendes zu entnehmen: „Soweit es sich um Streikende der Provisions-Generalagenturen handelt, entbehrt der Streik jeder Berechtigung, da der Vertrag, der zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungsvertreter, Ortsgruppe Dresden, geschlossen wurde, wohl in vertragsmäßiger Form im September v. J. per 31. Dezember v. J. gekündigt wurde, neue Forderungen aber seitens des Verbandes der Angestellten bis heute unsrer Ortsgruppe nicht bekanntgegeben worden sind. Der Streik ist also verkündet worden ohne den sonst üblichen und erforderlichen Versuch vorgängiger Verhandlungen."

Zum Schutz des versicherungsuchenden Publikums ist eine Reichsgemeinschaft deutscher Privat-Versicherungs-Gesellschaften gebildet und von dieser Reichsgemeinschaft Vorkehrungen getroffen worden, durch welche in einfacher Weise Versicherungen in Kraft treten.

Präsidentenwahl und Völkerbund

(Original-Korrespondenz)

New-York, Anfang Dezember

Dr. Stresemann hat am 3. November in Magdeburg eine große Rede gehalten, in der er nach vorliegenden Zeitungsberichten sagte, daß der Völkerbund nichts andres als ein ins Politische übersetzter großer Trust unter englisch-amerikanischer Herrschaft sei.

Das wurde allerdings gesagt, ehe unser Senat dem Völkerbund in der von Wilson mitgebrachten Form den Todesstoß versetzt hatte. Aber nichtsdestoweniger läßt die Aeußerung erkennen, daß man in Deutschland den Kampf, der hier scheinbar um den Völkerbund gekämpft wurde, nicht verstanden hat. Die Abstimmung im Senat hat nämlich schließlich sich nicht so sehr gegen die Idee eines Völkerbundes entschieden, sondern gegen einen englischen Völkerbund, in dem die Vereinigten Staaten die fünfte oder sechste Geige spielen sollten.

Die Abstimmung im Senat war ein Sieg des amerikanischen, eine Niederlage des pro-englischen Elements.

Der Völkerbund des Herrn Wilson wird hier in der Presse der Gegner nur der englische Völkerbund genannt. Dieselbe Presse wirft Wilson vor, daß er sich in Paris von den Engländern für ihre Zwecke hat breitschlagen lassen.

Daß Wilson im innersten Herzen pro-englisch ist, darüber besteht kein Zweifel. Seine vier Großeltern waren in England geboren. Seine Mutter war in England geboren. Sein in Amerika geborener Vater war der Sohn eines Engländers. Wilson stammt ferner aus dem Süden der damaligen Sklavenhalter, die englisch bis auf die Knochen waren. Die englische Tory-Regierung begünstigte die konföderierten Rebellen des Bürgerkrieges und war mehrere Male nahe daran, zugunsten der Rebellen zu intervenieren. Die Sklavenhalterpartei erwartete ihre Rettung durch Englands Einmischung. Die Nordstaaten mußten Abgesandte nach England schicken, um dort die Volksstimmung gegen die Einmischung mobil zu machen. In jenen Tagen predigte Wilsons Vater, der ein presbyterianischer Pastor war, von der Sklaverei als einer von Gott eingesetzten Einrichtung, die zu zerstören eine Sünde sei.

In dieser pro-englischen Luft hat Woodrow Wilson seine englische Gesinnung mit der Muttermilch eingesogen. Er hat vor einigen Jahren noch selbst erklärt, daß er sich seine Ansichten über internationale Fragen nach der Wochenausgabe der Londoner „Times" bilde, deren regelmäßiger Abonnent er war und wohl auch noch ist.

Die Entscheidung des Senats ist daher in erster Linie ein Schlag gegen die pro-englische Gefühlsduselei, die von Wilson und seinem Kabinett, das sich in der Hauptsache aus Vertretern der früheren Sklavenstaaten zusammensetzt, so stark begünstigt wurde.

Der Wilsonsche Völkerbund wäre ein politischer Trust unter englisch-amerikanischer Herrschaft gewesen. Aber das amerikanische Volk will von einem solchen Trust nichts wissen. Der Senat hat ihn bereits abgelehnt und das amerikanische Volk wird nächsten Herbst einen Präsidenten erwählen, der über den Verdacht erhaben sein muß, ein Knecht Englands zu sein. Der nächste Präsident wird sogar wahrscheinlich einer von den Senatoren sein, die den Kampf gegen den Wilsonschen Völkerbund geführt haben.

Es ist daher falsch, wenn Herr Stresemann behauptet, Amerika sei deshalb in den Krieg eingetreten, weil es in einem deutschen Sieger einen schlimmeren Nebenbuhler auf wirtschaftlichem Gebiete gesehen hatte, als in einem siegreichen Frankreich.

Amerika ging in den Krieg, weil die große Mehrheit des amerikanischen Volks von einer geschickt arbeitenden pro-englischen Minderheit beeinflußt wurde, weil die von Wilson begünstigte britische Propaganda geschickt und erfolgreich arbeitete und weil von deutscher Seite der britischen Propaganda in die Hände gearbeitet wurde.

In bezug auf Propaganda haben die Deutschen von den britischen Vettern noch sehr viel zu lernen. Zu einer erfolgreichen deutschen Propaganda waren die Herren der Aristokratie und des Bureaukratismus, die vor und während des Krieges damit betraut wurden, so ungeeignet wie nur irgend möglich. Mit „vornehmer Zurückhaltung" kann man keine Propaganda treiben, am allerwenigsten in Amerika, wo das Volk immer hysterisch ist. In Berlin scheint man sich tatsächlich eingebildet zu haben, daß mit Verleihung von Manschettenknöpfen an ehemalige Unteroffiziere, die sich hier in einem sogenannten Kriegerbunde breitmachen, gute Beziehungen zwischen den zwei Nationen gefördert werden könnten. Alles, was geschah, das an und für sich ganz gut gewesen wäre, trug überdies immer zu sehr den Stempel der persönlichen Verherrlichung des Kaisers.

Die Propaganda, wie sie von den Engländern betrieben wurde, war von langer Hand vorbereitet. Die deutsche Propaganda, wenn man sie so überhaupt nennen kann, war das reinste Kinderspiel dagegen. Das größte Hindernis einer deutschen Propaganda ist der Sprachunterschied. Die größte Stärke der britischen Propaganda ist die Gemeinsamkeit der Sprache.

Trotz alledem würde Wilson nie gewagt haben, Amerika in den Krieg zu zerren, wenn ihm die deutsche Kriegsführung und die deutsche Diplomatie nicht die Herausforderung geliefert hätte, die er brauchte.

Alles dies sind jetzt „alte Kamellen", gehört vergangenen Zeiten an. Aber man sollte in Deutschland endlich lernen, die Lage in Amerika richtiger und verständiger zu beurteilen. Wie weit man in Deutschland davon noch entfernt ist, geht aus Stresemanns Ausführungen hervor. Auch die hierbei gefallenen Aeußerungen über deutsche Staatsmänner und Publizisten über den abgeschlossenen Friedensvertrag deuten an, daß man drüben die Bedeutung eines großen historischen Aktes, der hier vollzogen wurde, vollständig verkennt. Michel scheint die neue Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten gründlich verschlafen zu haben.

Gustav Schweppendick.

Hoover über Amerika und Europa

Wie der „Nieuwe Rotterd. Cour." aus London meldet, erklärte Hoover in einer Botschaft über die finanziellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas, Europa müsse an die Arbeit gehen, statt auf die Vereinigten Staaten zu rechnen. Die Alliierten müßten zur Einsicht gebracht werden, daß Oesterreich frei sein müsse, politische Bündnisse einzugehen, durch die es aus dem ewigen Armenhause erlöst werde. Wie der „Nieuwe Rotterd. Cour." mitteilt, muß die Erklärung Hoovers sowohl dem Am-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920011101/1